Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Montag, den 18. Juli 1927 — Nummer 165

Verrat in Wien

Sozialdemokraten würgen den Generalstreik ab

Verhandlungen über ein Koalitionskabinett / Neue blutige Kämpfe in den Wiener Arbeitervierteln
Wüste Kommunistenhetze / Zahlreiche Verhaftungen / Etwa 150 Tote, mehr als 700 Verwundete

Die Lage

Der heroische **Kampf und spontane Angriff der Wiener Arbeiter gegen die Bourgeoisie ist von den sozialdemokratischen Führern abgewürgt. Die Geschichte ist um ein neues Beispiel austromarxistischen Arbeiterverrates reicher. Der Generalstreik, der am Sonnabend unter dem Drucke der empörten Arbeitermassen proklamiert und in ganz Oesterreich mit grandioser Wucht und seltener Geschlossenheit durchgeführt wurde, ist abgedreht. Die Wiener Arbeiter sind durch den Dolchstoß sozialdemokratischen Arbeiterverrats geschlagen. Mit der Proklamation des Generalstreiks, der zu einer elenden Protestkomödie degradiert wurde, versuchten die austro-marxistischen Führer auf die gegen ihren Willen und über ihre Köpfe hinweg flutende revolutionäre Bewegung der Wiener Arbeiter Einfluß zu gewinnen. Das ist ihnen nach den vorliegenden Meldungen auch gelungen. Der Verlauf der Entwicklung der Ereignisse in Wien zeigt, daß sich der Austromarxismus in seiner praktischen Politik genau so verhält wie die Ebert, Wels und Scheidemann in den Januar- und Novembertagen 1918. Anstatt den Generalstreik fortzuführen bis zum Sturze der Seipelregierung, haben die sozialdemokratischen Führer den Generalstreik auf 24 Stunden beschränkt und haben inzwischen Verhandlungen mit der christlich-sozialen Faschistenregierung begonnen. Nach den vorliegenden Meldungen ist von Seipel die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der Sozialdemokraten und aller übrigen Parteien zugestanden worden. Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Angst, die Führung der Massen endgültig zu verlieren, und um den beispiellosen Verrat vor den Arbeitern zu verschleiern, mit einer wüsten Kommunistenhetze eingesetzt. Sie verbreitet die tollsten Lügen über die Kommunisten, bezeichnet sie als Verbrecher, Pöbel und als Urheber der furchtbaren Blutbäder, die von der Polizei und dem Militär am Freitag und Sonnabend angerichtet wurden. Die Sozialdemokratische Partei Wiens erließ am Sonnabend einen zweiten Aufruf, in dem es heißt:**

„Das Unglück schreitet fort. Gestern ist neues Blut geflossen. Wieder sind Todesopfer zu beklagen. Diesem entsetzlichen Zustand, der nun schon zwei Tage in unserer Stadt herrscht, muß ein Ende gemacht werden. Es dürfen keine weiteren Blutopfer fallen. Es muß verhütet werden, daß über unsere Stadt eine furchtbare wirtschaftliche Katastrophe hereinbricht, daß der Bestand der Republik in Gefahr gerät. Unser Bürgermeister, unser Genosse Seitz, hat sich entschlossen, zunächst für die Dauer der Gefahren eine bewaffnete Gemeindeschutzwache aufzustellen, die dazu beitragen soll, den fluchwürdigen Schießereien ein Ende zu machen, die Ordnung und Sicherheit in unseren Straßen wiederherzustellen."

In dem Aufruf wird des weiteren gesagt und als Forderung erhoben: „Keine Straßendemonstration, keine Straßenansammlung, Vermeidung aller Zusammenstöße, die zu weiterem Blutvergießen führen könnten. Wir werden Genugtuung für den blutigen Tag erlangen, wenn wir diszipliniert zu kämpfen verstehen. Laßt euch von den Kommunisten nicht irreführen. Die von den Kommunisten geforderte Bewaffnung der Arbeiterschaft würde zum Bürgerkrieg führen, neue furchtbare Blutopfer fordern, Hungersnot herbeiführen und die Republik gefährden. Die Sozialdemokratie will nicht mit den Mordwaffen kämpfen, sondern nur den unblutigen Kampf."

Des weiteren werden die Kommunisten als Provokateure bezeichnet. Diese sozialdemokratische Taktik bezweckt die Liquidierung des Kampfes in allerkürzester Zeit. — Der Generalstreik wurde für die Nacht zum Sonntag um 12 Uhr von der Sozialdemokratie für beendet erklärt. Es haben auch bereits mit der Regierung Verhandlungen über den Abbruch des Eisenbahnerstreikes, der jetzt noch vorgeführt wird, stattgefunden. Am Sonntag vormittag gelang es, einen Teil der Straßenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Vor den Straßenbahndepots kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Arbeitern, die das Auslaufen der Streikbrecher verhindern wollten.

In den Kreisen der Bourgeoisie herrscht starke Nervosität. Zum Schutze der Prinz-Eugen-Straße, wo sich die Palais Rothschilds, des Börsenmagnaten Castiglioni und das des Bodenkreditanstaltspräsidenten Dr. Sieghart befinden, ist ein ganzes Bataillon Sicherheitswache aufgeboten worden. Nach einer Meldung des Montag-Morgen haben die Sozialdemokraten bei den Verhandlungen mit der Regierung das Entfernen hervorragender Persönlichkeiten aus ihren Aemtern nicht gefordert. Seipel hat das Verlangen nach Ausgleich abgelehnt. Er fühlt sich infolge des Heranziehens des Militärs und nach Abbruch des Generalstreikes als Herr der Situation.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Klassengenossen!

Die Wiener Arbeiterschaft hat die Freisprechung faschistischer Mörder mit Niederlegung der Arbeit und gewaltigen Massendemonstrationen vor den Regierungsgebäuden beantwortet. Die Polizei der von der Sozialdemokratie beherrschten Hauptstadt schoß in die demonstrierende Menge. Die Arbeiterschaft setzte sich zur Wehr, errichtete Barrikaden und schlug den Angriff der Polizei zurück. Der Republikanische Schutzbund, das österreichische Reichsbanner, wurde von den sozialdemokratischen Führern eingesetzt, um die Demonstranten zurückzudrängen, wurde jedoch gleichfalls von der Polizei angegriffen und stellte sich zum größten Teil auf die Seite der kämpfenden Arbeiter. Unter dem Druck der Massenempörung proklamierten die Gewerkschaften den Generalstreik für ganz Oesterreich. Der Rücktritt des Polizeipräsidenten Schober und des Bundeskanzlers Seipel wird gefordert.

Die bürgerliche Presse beginnt eine wütende Hetze gegen die österreichische Arbeiterschaft. Während man sonst die Kommunistische Partei Oesterreichs als bedeutungslos hinstellt, wird jetzt eine Bewegung, die Millionenmassen erfaßt hat, als „kommunistische Mache" hingestellt. Gewiß, die österreichischen Kommunisten stehen an der Spitze der kämpfenden Massen, sie tun alles, um der Bewegung Ziel und Richtung zu geben. Aber die Ursache der gewaltigen Massenbewegung ist keine „kommunistische Mache", sondern die ungeheure Empörung der Arbeitermassen, die seit Jahren mit demokratischen Illusionen gefüttert wurden und nun sehen, wie sie trotz 45 Prozent sozialdemokratischer Stimmen, trotz der Mehrheit in Wien machtlos und rechtlos, ausgebeutet und unterdrückt, als die schlechtestbezahlten Kulis Europas dem faschistischen Terror preisgegeben sind. Die Arbeiterschaft Wiens hat begriffen, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht von der demokratischen Republik, nicht von sozialdemokratischen Führern, den Anhängern der bürgerlichen Demokratie, geführt wird, sondern daß die Arbeiter selbst den Kampf zur Niederschlagung des Faschismus in die Hand nehmen und mit dem Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt verbinden müssen.

Die Führer der SPD, die bei dem Mord in Arensdorf alles taten, um die Massenempörung abzubiegen, die durch ihre Predigt der Passivität und Vertröstung auf die Demokratie den Faschismus großzüchten helfen, nehmen Partei gegen die österreichischen Arbeiter. Das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts schreibt:

„Die Empörung begreifen heißt aber keineswegs, den explosiven Ausbruch gutheißen, der zu einer sinnlosen Revolte führte."

Er schwärmt von der „bekannten republikanischen Einstellung der österreichischen Sicherheitsorgane", derselben Organe, die das Blutbad unter der Arbeiterschaft anrichteten. Er verkündet, daß in Oesterreich eine aktuelle faschistische Gefahr nicht besteht, daß sie erst durch den Kampf der Arbeiter hervorgerufen werden könnte! Kann man schamloser für die Faschisten, gegen die kämpfenden Arbeiter Partei nehmen?

Wir rufen die Arbeiterschaft Deutschlands auf, in den Betrieben und in Versammlungen zu dem Kampf des Wiener Proletariats Stellung zu nehmen und den österreichischen Genossen die volle Sympathie und Solidarität auszudrücken. Wenn die Kämpfe sich steigern, dann werden die ungarischen, italienischen und bayrischen Faschisten, die an den Grenzen Oesterreichs lauern, mit Intervention drohen. Darum müssen sich die deutschen Arbeiter bereit halten, ihre österreichischen Klassengenossen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Noch frecher und brutaler als in Oesterreich treibt der Faschismus in Deutschland sein Spiel, noch frecher und brutaler als in Oesterreich wird er in Deutschland von Justiz, Polizei und Regierung gedeckt. Noch feiger und feindlicher als in Oesterreich stehen in Deutschland die Führer des Reichsbanners und der Sozialdemokratie dem Kampfe der Arbeiter gegenüber. Darum ist es doppelt notwendig, daß die deutschen Arbeiter die Kampfparolen der österreichischen Genossen aufnehmen:

Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände!
Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!
Fort mit der Bürgerblockregierung!
Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, den 16. Juli 1927.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Neue blutige Kämpfe

Wien, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag haben sich in den Außenbezirken Wien weitere blutige Kämpfe abgespielt. Insbesondere in Ottakring, Favoriten und Hernals. Entgegen den Anweisungen der Sozialdemokratischen Partei, die jede Demonstration der erregten Arbeiterschaft verbieten wollte, fanden in den Arbeiterbezirken große Demonstrationen statt. Die Polizei hatte Weisung, gegen die Demonstranten schonungslos sofort mit der Waffe vorzugehen. Durch die polizeilichen Maßnahmen veranlaßt, griffen die Demonstranten in verschiedenen Außenbezirken die Polizeiwachen an. Dabei kam es zu neuen blutigen Salven der Polizei. Der Kampf der Polizeiwachen war besonders in Hernals sehr blutig. Die Zahl der Toten ist groß. Ihre Anzahl konnte nicht festgestellt werden.

Ebenso kam es in den Nachtstunden zu blutigen Zusammenstößen in Hernals und Ottakring, wo Truppen aus der Provinz herangezogen worden sind und durch die Stadt marschierten. Als die Arbeiter ihrer Entrüstung über das provozierende Auftreten des durch die Arbeiterbezirke marschierenden Militärs Ausdruck gaben, wurde von den reaktionären Offizieren der Befehl gegeben, auf die Demonstranten scharf zu schießen. Bei diesem Eingreifen des Militärs gab es wieder zahlreiche Tote und Verletzte. Mindestens 12 Tote wurden gezählt.

Eine Wiener Noske-Garde

Wien, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Zur Niederwerfung der Arbeiter auf den Straßen hat der sozialdemokratische Bürgermeister in Wien im Einvernehmen mit der reaktionären Regierung eine Gemeindepolizei organisiert, die mit eigenen Armbinden versehen ist und den Straßendienst vorläufig 10 Tage verrichten soll. Diese Gemeindepolizei untersteht dem Befehl des Bürgermeisters und ist aus der bisherigen Bundespolizei, der Gemeindepolizei und verläßlichen Elementen des sozialdemokratischen Republikschutzbundes gebildet worden. Sie stellt in Wirklichkeit eine bewaffnete Bürgerwehr zur Niederschlagung der Arbeiterschaft dar. Sie ist auf die Republik vereidigt worden und hat heute morgen ihren Dienst bereits angetreten.

Die Verräter am Werk

Wien, 18. Juli (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend und Sonntag haben weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Parteileitung stattgefunden. Nachdem die Regierung die erste Forderung der Sozialdemokraten auf Absetzung des Polizeipräsidenten Schober und Rücktritt der Regierung abgelehnt hat, zog die Sozialdemokratie ihre Forderungen zurück. Gegenwärtig wird noch über die Bildung einer Koalition mit Einbeziehung aller Parteien in der Form verhandelt, daß die Regierungsgewalt vorläufig auf das Regierungsparlament übertragen werden soll, dem alle Parteien angehören. Eine Absetzung der reaktionären Beamten soll nicht stattfinden.